

Wertvoll für alle

Warum der von der Union vorgeschlagene Wertekundeunterricht nicht nur auf den Stundenplan der Flüchtlinge gehört

Nach der Leitkultur nun also der Wertekundeunterricht. Wer den ersten Reflex der Abwehr überwindet, kann sich auch fragen: Ist der Vorschlag nicht viel zu gut, um ihn nur Flüchtlingen zugute kommen zu lassen? Wäre es nicht besser, wenn die gesamte Gesellschaft sich neu auf diese Werte besinnt – als Selbstvergewisserung mühsam erkämpfter Errungenschaften, aber auch als Wahrnehmung der nie überwindbaren Spannung zwischen Verfassungsanspruch und -wirklichkeit, wie man am vorgeschlagenen Curriculum sehen kann:

1. Die Würde des Menschen

Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, werden die meisten mal gehört haben. Doch was dieses Bekenntnis in seiner ganzen Radikalität für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Alltag einer Gesellschaft bedeutet, wird oft der betulichen Erörterung in Sonntagsreden oder der strengen Argumentation des Bundesverfassungsgerichts überlassen. Ist das zu kompliziert für Schüler? Nicht, wenn man sich darauf einlässt, die vielfältigen Bereiche auszuleuchten, in denen Menschenwürde konkret wird. Warum sollten Geflüchtete, die auf ihrer Odyssee oft tiefste Demütigungen erfahren mussten, für das Versprechen unserer Verfassung weniger ansprechbar sein als ihre Mitschüler? Alle könnten lernen, dass das

Verfassungsgericht die Sicherung des Existenzminimums für Asylbewerber ausdrücklich mit der Menschenwürde begründet – zum Ärger der Union, die seit Jahren nach Wegen sucht, deren Sozialleistungen zu kürzen. Die Beschäftigung mit der Menschenwürde führt zwingend zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Dem Holocaust ging die Entmenschlichung der Juden, Sinti, Roma, Behinderte, Schwulen und Lesben voraus. Artikel 1 GG fasst die Lehre der Geschichte als stetige Herausforderung an die Gegenwart unverhandelbar zusammen.

2. Presse- und Meinungsfreiheit

Es wäre wünschenswert, dass Presse- und Meinungsfreiheit ein viel größeres Gewicht im Unterricht bekommen. Das Verständnis für den Wert Presse ist in weiten Teilen der Gesellschaft so unterentwickelt, dass hier auch Handlungsbedarf besteht, wenn kein einziger Flüchtling käme. Da könnte zum Beispiel erklärt werden, warum die Redaktionen in einem freien Land nicht von der Regierung gesagt bekommen, was und wie sie zu berichten haben, anders als in vielen Ländern, aus denen die Geflüchteten aufgebrochen sind.

3. Das Gewaltmonopol des Staates

Es ist bemerkenswert, dass die Union nicht die Herrschaft des Rechts, sondern das Gewaltmonopol des Staates zum unverzichtbaren Wert er-

klärt. Viele Geflüchtete bringen traumatische Gewalterfahrungen mit, sie haben Polizei und Behörden nie anders denn als Bedrohung erlebt. (...) Das staatliche Gewaltmonopol ist dabei kein Wert an sich. Es gewinnt seine Legitimität nur aus dem doppelten Versprechen, dass der Staat allen Mitgliedern der Gesellschaft den gleichen Schutz gewährt, und durch die rigide grundrechtliche Bindung jeglicher Form des Zwangs.

4. Gleichberechtigung von Mann und Frau

Auch hier ist der Union zuzustimmen, wenn sie das Thema als Errungenschaft und Herausforderung Schülern vermitteln möchte. Man könnte zum Beispiel das inzwischen legendäre Foto von der ausschließlich männlichen Führungsriege in Seehofers Heimatministerium im Unterricht diskutieren. Oder man könnte daran erinnern, dass Frauen in Deutschland erst seit gut 30 Jahren Polizistinnen werden dürfen und Vergewaltigung in der Ehe erst seit 20 Jahren strafbar ist. Es ginge darum zu zeigen, wie mühsam solche Etappenerfolge selbst im Deutschland des Grundgesetzes erkämpft werden mussten und wie weit der Weg zur Gleichberechtigung aller Menschen noch ist. Eine solche Haltung würde es leichter machen, junge Geflüchtete auf diesem Weg mitzunehmen.

5. Demokratie als Teilhabe

Die Beispiele zeigen, wie lohnend es wäre, das

Gespräch über die im Grundgesetz formulierten Werte unserer Gesellschaft viel stärker als bisher im Schulunterricht zu verankern. Vor allem müsste es um darum, das unsere Verfassung auf dem Recht auf gleichberechtigte Teilhabe basiert. Ein Wertekundeunterricht könnte die vielfältigen Möglichkeiten, sich in unserer Gesellschaft zu engagieren, ausleuchten. Dieses Angebot auf Geflüchtete zu verengen, würde deshalb viel zu kurz greifen.

6. Das Grundgesetz als Hausordnung

Ernüchternd ist, dass es der Union nicht um Demokratie und Teilhabe geht. Aus GrundRECHTEN werden GrundREGELN, der Rechtsstaat setzt vor allem „Grenzen und Verpflichtungen“. Das Grundgesetz gerinnt so zum Pflichten-katalog, verkümmert im Verständnis der Union zur strengen Hausordnung im Eingangsbereich der Bundesrepublik Deutschland.



Melek Henze ist Sozialwissenschaftlerin und interkulturelle Trainerin. Sie hat türkische Wurzeln und lebt in Berlin

„Wertvoll für alle“

Demokratieunterricht gehört nicht nur für Flüchtlinge auf den Stundenplan Tagesspiegel vom 13.5.2018 (Kurzfassung in Printausgabe)